

Verkehrswende.at - Fragenkatalog

anlässlich der Nationalratswahl 2024

Aus Liebe zum Leben gilt es, die Möglichkeiten von Politik und Zivilgesellschaft zu bündeln, um Fehlentwicklungen der Vergangenheit verstehen, eindämmen und letztlich überwinden zu können.

Seit Beantwortung des Verkehrswende-Fragenkatalogs anlässlich der Nationalratswahl von 2019 (siehe <https://www.verkehrswende.at/antworten-der-politik/>) hat sich viel bewegt.

Einschneidende Ereignisse haben uns auch in Österreich vor unerwartete Herausforderungen gestellt und gleichzeitig den Erkenntnisgewinn für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft und in der Bevölkerung zügig vorangebracht. Dieser veranlasst jeden und jede von uns, weiter dazulernen und bequeme ausgetretene Pfade zu verlassen. In besonderer Weise trifft dies auf den Verkehrssektor zu.

Wir bedanken uns bei der Politik für das aufeinander Zugehen und das gemeinsame Lernen betreffend die vielschichtigen Herausforderungen, vor die uns die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und die Umsetzung einer Verkehrswende in Österreich stellt.

Nach diesen „Lessons learned“ freut es uns, Sie hiermit um Beantwortung des gegenüber 2019 grundlegend überarbeiteten und deutlich gestrafften Fragenkatalogs anlässlich der heurigen Nationalratswahl bitten zu dürfen.

Herzliche Grüße

Das Team von Verkehrswende.at

Kontakt

Verkehrswende.at | ZVR 1946764203

Saarstraße 1
3100 St. Pölten

info@verkehrswende.at

www.verkehrswende.at

Mobil: 0664 / 855 92 81

Gesamtverantwortung Infrastruktur – Umwelt – Klima

Die Zusammenführung der Verantwortlichkeiten zur Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen, der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur und der Eindämmung der diesbezüglichen Auswirkungen auf Umwelt und Klima war ein zentraler erster Schritt, um ganzheitliche Lösungskonzepte im Verkehrssektor zu entwickeln und wesentliche Voraussetzungen zu schaffen, um Österreich auf Klimakurs zu bringen.

Frage 1: Wie werden Sie mit diesem zentralen Erbe der jetzigen Bundesregierung umgehen und welche weiteren Schritte planen Sie in der Ressortzuständigkeit, um eine Verkehrswende in Österreich zügig voranzubringen?

Einziger Erfolg der derzeitigen Bundesregierung war die Einführung eines bundesweiten Klimatickets. Das wurde von der SPÖ unterstützt. In Zukunft wird es notwendig sein, den öffentlichen Verkehr auszubauen, attraktiv zu gestalten und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene wieder voranzutreiben – so wie es unter SPÖ Verkehrsminister:innen schon einmal der Fall war.

Kinderrechte und Generationengerechtigkeit

Die Folgen von Umweltzerstörung und Klimaerhitzung sind für jeden heute erwachsenen Menschen unübersehbar, und das sogar innerhalb der eigenen Lebenszeit.

Jede heute geplante Infrastruktur hat Auswirkungen auf Generationen und bewirkt schlimmstenfalls, dass Menschen schon in wenigen Jahrzehnten endgültig ihrer Lebensgrundlagen beraubt sein werden.

In heutigen Genehmigungsverfahren werden mit üblichen Planungshorizonten über wenige Jahre solche mittel- bis langfristigen Schadwirkungen ausgeblendet und bleiben daher weitgehend unberücksichtigt¹. Tatsächlich aber müsste bei jedem einzelnen Infrastrukturprojekt darauf geachtet werden, dass dieses auch über Generationen hinweg einen überwiegenden Nutzen zeitigt.

Frage 2: Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Entscheidungen die Interessen heutiger Kinder und kommender Generationen wahren? Bitte gehen Sie dazu insbesondere auf Ihren Umgang mit jenen Infrastrukturprojekten ein, die sich in der aktuellen Legislaturperiode lt. erfolgter Evaluierung des Straßenbauprogramms² als nicht mehr zukunftsfähig erwiesen haben.

Die Beachtung von Umweltinteressen sind bei sämtlichen Großprojekten durch die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung gewährleistet. Diese Form des Verwaltungsverfahrens bietet enorme rechtliche Möglichkeiten für die Parteien dieses Verfahrens und weist einen sehr breiten Parteienbegriff auf. Damit ist gewährleistet, dass nicht nur direkte Anrainer:innen, sondern auch NGOs und Bürger:inneninitiativen ihre Interessen breitest möglich geltend machen können. Letztlich beruht die Umsetzung eines Straßeninfrastrukturvorhabens auf einer demokratischen Einigung und der Beschlussfassung dieses Projektes durch ein Gesetz. Ein einseitiges Abgehen durch die Verwaltung bzw. durch ein Organ ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich.

1 https://www.verkehrswende.at/wp-content/uploads/2024/04/medium_2024_01_Kinderrechte_und_Strassenbau.pdf

2 <https://www.bmk.gv.at/themen/verkehr/strasse/infrastruktur/projekte/evaluierung.html>

Menschliche Sicherheit und Gesundheit

In den vergangenen Jahrzehnten hat eine autozentrierte Siedlungsentwicklung vielerorts dazu geführt, dass der Stellenwert des Menschen hinter jenen des Automobils gerückt ist³.

Im Kopf so mancher Menschen ist die Verlustangst um den Parkplatz vor der Haustüre teils immer noch größer als die Sorge um die Gesundheit und das Wohlbefinden für sich und ihre Mitmenschen. Für einen bloß vermeintlichen persönlichen Nutzen nehmen wir aber in Wirklichkeit in Kauf, selbst zu Gefährdeten und Geschädigten der Mentalität unserer automobilen Mitmenschen in der Nachbarschaft zu werden, die auf dieselben falschen Werbeversprechen einer Freiheit auf vier Rädern hereinfliegen.

Aktuelle Studien zeigen inzwischen einen alarmierenden Anstieg an Krebserkrankten bei den Jungen⁴. Schon heute sind in Österreich und Europa rund 10% aller Krebsfälle auf Umweltverschmutzung zurückzuführen⁵; allem voran steht hier die Kontaminierung unserer Atemluft und unserer Nahrungskette über Boden und Wasser durch Schadstoffemissionen aus dem motorisierten Straßenverkehr⁶.

Selbst ausgewiesene Fachleute warnen inzwischen sogar von einem Desaster, wenn sich die Faktenlage weiter verdichtet, wonach die massenweise aus dem motorisierten Straßenverkehr herrührenden Mikro- und Nanopartikel Krebs im menschlichen Körper begünstigen⁷.

Temporeduktion im motorisierten Straßenverkehr ist von der Unfallprävention bis zur Schadstoff- und Lärmentwicklung die wirksamste und kosteneffizienteste Einzelmaßnahme, um die Gesundheit und das Leben von Menschen zu schützen⁸.

Frage 3: Mit welchen politischen Mitteln werden Sie den Austrag von straßenverkehrsbedingten Abrieben eindämmen?

Die SPÖ tritt für eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ein, um die negativen Folgen des motorisierten Individualverkehrs so gering wie möglich zu halten. Diesbezüglich wurde ein Bundesverkehrszielegesetz vorgelegt, in dessen Mittelpunkt die zur Verfügungstellung von zeitnahe öffentlichem Mikro- und Nahverkehr steht. Die schwarz-grüne Regierung hat diesem Vorschlag der SPÖ nicht zugestimmt.

Alltag der kurzen Wege und regionale Wertschöpfung

Attraktive weltverbundene Siedlungsräume mit vielfältigem Freizeitangebot und mit Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region sind das Fundament für sozialen Wohlstand und einen Alltag der

3 <https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-10/verkehrspolitik-kinder-eltern-autos-schulweg>

4 <https://www.krone.at/3330759>

5 <https://www.eea.europa.eu/publications/environmental-burden-of-cancer/beating-cancer-the-role-of-europes>

6 <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/SBI/5215/>

7 <https://youtu.be/D88PDZmzrWg?si=cPZwDGLyjmZcojJA>

8 <https://www.openpetition.eu/!tslr>

kurzen Wege. Durch Schaffung und Sicherstellung von kurzen Lieferketten bis hin zur kleinräumigen Kreislaufwirtschaft entsteht eine resilientere Wirtschaft, von der wir alle profitieren.

Frage 4: Welche Maßnahmen planen Sie, um den Übergang von einem Alltag der langen Wege beim Güter- und Personenverkehr zu einem Alltag der kurzen Wege zu schaffen?

Aus Sicht der SPÖ ist es notwendig, dass Handelsunternehmen, Einkaufszentren und Unternehmen ab einer bestimmten Größe unmittelbar an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden sind. Letztlich wird eine entsprechende Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs nur über ein verstärktes öffentliches Angebot möglich sein.

Vermeidung von Mobilitätsarmut

Menschen ohne eigenes Kraftfahrzeug oder ohne Führerschein werden v.a. im ländlichen Raum massiv diskriminiert, Abwanderung und Ortssterben sind die Folge.

Frage 5: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Mobilitätsarmut zu reduzieren und möglichst vielen Menschen insbesondere in infrastrukturschwachen Regionen ein weltverbundenes Leben ohne eigenes Kraftfahrzeug zu ermöglichen?

Im ländlichen Raum ist für jede Gemeinde ein Taktfahrplan verbunden mit einem öffentlichen Verkehrsmittel, das zumindest tagsüber im Halbstundentakt geführt wird absolut notwendig. Nur ein Klimaticket zur Verfügung zu stellen, reicht nicht aus. Mehr dazu auch im „Herz und Hirn“-Plan des SPÖ-Bundesparteivorsitzendem Andreas Babler: www.spoe.at/mit-herz-und-hirn

Rechtsstaatlichkeit in UVP-Verfahren

Der Schutz unserer Lebensgrundlagen kann nur durch Wahrung des Rechts auf wirksame Beschwerde gewährleistet werden.

In Österreich wird aber bis heute Projekten Umweltverträglichkeit bescheinigt, die dieses Attribut unter keinen Umständen verdienen⁹. Unzulänglichkeiten in den nationalen UVP-Verfahren haben mittlerweile dazu geführt, dass die EU gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat¹⁰.

Frage 6: Wie werden Sie Rechtsstaatlichkeit und wirksamen Menschen- und Umweltschutz bei Infrastrukturprojekten sicherstellen, insbesondere auch in jenen Fällen, die offenbar Anlass für die EU waren, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich einzuleiten?

Aus heutiger Sicht erscheint das österreichische Verwaltungsverfahren in Form der Umweltverträglichkeitsprüfung und in der vorgelagerten sogenannten strategischen Prüfung (für Verkehrsinfrastrukturprojekte) als sehr parteienfreundlich, da unter anderem auch der Parteienbegriff sehr

⁹ <https://www.verkehrswende.at/2023/04/20/wachtelkoenigs-erkenntnis/>

¹⁰ https://austria.representation.ec.europa.eu/news/europaische-kommission-fordert-osterreich-zur-einhaltung-von-eu-umweltrecht-auf-2024-04-24_de

ausgeweitet ist. Von Seiten der SPÖ wurde die Anwendung dieser Verfahren immer forciert. Etwaige Problemstellungen, die unter der türkis-grünen Regierung aufgetreten sind, bedürfen einer raschen Lösung.

Ressourcen- und Energieverbrauch

Mit jeder Verkehrsinfrastruktur, jedem Verkehrsmittel und jedem Weg ist ein mehr oder weniger großer Ressourcenverbrauch und Energieaufwand verknüpft, der bei aktiver Mobilität am geringsten und beim Flugverkehr exorbitant ist. Durchschnittlich 50m²/Person fürs Wohnen¹¹ steht vielerorts ein weitaus höherer Flächenbedarf für den Verkehr¹² gegenüber, sogar einzelne Parkplätze sind größer als viele Kinderzimmer¹³. Radfahrende legen bei gleichem Energiebedarf im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrenner eine ca. 20-mal höhere Distanz zurück und kommen auch gegenüber dem Elektroauto auf eine etwa 5-fach höhere Reichweite¹⁴.

Frage 7: Welchen Beitrag werden Sie leisten, um den Menschen eine ressourcen- und energieschonende Mobilität zu ermöglichen?

Durch die SPÖ wurde das Bundesverkehrszielegesetz vorgelegt, das ganz klare ökologische Ziele vorgibt und eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs vorsieht. Wir werden uns in Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dieses umzusetzen. Bisher wurde es durch die schwarz-grüne Regierung abgelehnt.

Auch der Ausbau von Radwegen in den Städten ist unbedingt notwendig und hat zum Schutz der Radfahrer:innen unter der Beachtung von Verkehrssicherheitsprinzipien zu erfolgen.

Aus SPÖ Sicht ist es notwendig, bei jedem Bahnhof eine Radfahrinfrastruktur (Verleihung, Ladestation, Reparaturmöglichkeit etc.) zu schaffen, da dadurch der Microverkehr gefördert wird und auch die Benutzung der Bahn durch diese Anbindung attraktiviert wird.

Aus Liebe zum Leben

Lebensgrundlagen zu schützen geht uns alle an. Es braucht vielfältiges Engagement von Menschen, die auch gegen den Widerstand verschiedener Lobbys Maßnahmen durchsetzen, um auch kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Egoistische und Partikularinteressen müssen allseits hintangestellt werden, um die Krisen unserer Zeit zu bewältigen.

Frage 8: (Weshalb) können sich Ihre Wählerinnen und Wähler am 29. September 2024 bei Ihnen und Ihrer Partei darauf verlassen, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen oberste Priorität hat und nicht noch mehr Verkehr?

11 gemäß Auswertung von <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnsituation>

12 <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-beim-flaechenverbrauch-des-verkehrs-grosse-unterschiede-zwischen-den-landeshauptstaedten-und-auch-zwischen-den-bezirken>

13 <https://www.klimaaktiv.at/bildung/klimadialog/infografiken/parkplatzkinderzimmer.html>

14 <https://www.verkehrswende.at/effizienzwunder/>

Die SPÖ sieht seit Jahrzehnten den öffentlichen Verkehr als zentrale Maßnahme zur Umsetzung einer umweltfreundlichen und leistbaren Mobilität. Unter SPÖ-geführten Regierungen hat die Attraktivität der Bahn enorm zugenommen. Die Finanzierung des Bahnausbau und der Infrastruktur rund um die Bahn (Stichwort: Bahnhöfe) wurde gesichert.

Die SPÖ steht für leistbare, attraktive, öffentliche Verkehrsmittel und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Eisenbahn. Ebenso wie für Zugverbindungen innerhalb Europas mittels Nachtverkehren.

SPÖ-Bundesparteivorsitzender Andreas Babler will mit Herz und Hirn das Leben aller Menschen in Österreich besser machen. Der Kampf gegen die Klimakrise und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen spielt dabei eine große Rolle.

Partei

SPÖ

Name und Zuständigkeit der Verfasserin / des Verfassers der Antworten

SPÖ Pressedienst

Die Fragen wurden durch bzw. im Einvernehmen mit unserer Spitzenkandidatin / unserem
Spitzenkandidaten

Andreas Babler

beantwortet.